

# Wachsende Ansprüche und sinkende Mittel



Von Alex Kuprecht\*

**Es ist interessant**, die Debatten zu den Volksabstimmungen zu verfolgen und die sehr zahlreichen Leserbriefe, oftmals kreierte in politischen Schreibstuben, zu analysieren. Praktisch alle Seiten suchen das Heil in der weiteren Leistungsfähigkeit des Staates. Dabei werden allerdings die Seiten einer buchhalterischen Erfolgsrechnung unterschiedlich in Anspruch genommen. Da sind einmal jene, die die Aufwandseite durch immer neue Ansprüche belasten wollen. Sie rufen nach Entlastung der Familie, einem bedingungslosen Grundeinkommen, einer höheren AHV von 10 Prozent für alle, Abschaffung der Heiratsstrafe in der AHV, Ausbau von Mittagstischangeboten, Verlängerung der Anstossfinanzierung für den Bau von Kinderkrippen, Ausbau der Entwicklungshilfe, besserem Unterhalt der Strassen, zusätzlichen Mitteln für die Landwirtschaft, weiteren Mitteln für die Bildung, der Forschung usw. Die Liste der Begehrlichkeiten liesse sich problemlos verlängern. Auf der anderen Seite sind Steuerentlaster vom Dienst, die bei je-

der sich bietenden Gelegenheit nach Reduktionen rufen und damit die Schwächung der Ertragsseite in Kauf nehmen. Auch hier gibt es lancierte Projekt zuhauf, von der Reduktion der Mehrwertsteuer, der Abschaffung der Stempelsteuer auf Finanzprodukten bis zur Unternehmenssteuerreform III mit Milliardenertragsausfällen für Bund und Kantone oder wie zurzeit dem Referendum über die Höhe des Vignettenpreises.

**Dreist ist es nun aber**, wenn man praktisch täglich neue Leistungen fordert und gleichzeitig mittels Initiative die Gehälter derer durch eine Staatsdoktrin reduzieren und maximieren will, die einen grossen, ja sogar wesentlichen Teile der Mittel aufbringen (Steuersubstrat, AHV-Beiträge), um alle diese Forderungsexzesse von staatlichen Leistungen finanzieren zu können. Die selbstsichere Manier, wie zum Beispiel ein Politikstudent und Jungnationalrat mit Jahrgang 1986 sein Gegenüber in die Pfanne haut und in der Art eines frechen Oberklugen die anderen für dumm und dämlich hinstellt, schreckt ab, ist nicht korrekt und ziemt sich für einen staatlichen Leistungsbezüger nicht. Als Vater eines Sohne im gleichen Alter hätte ich Zweifel an mir selbst.

**Auch der Kanton Schwyz** ist von derartigen Entwicklungen nicht verschont. Das Budget sieht einmal mehr tiefrot aus, und das Eigenkapital neigt sich langsam, aber sicher dem Ende entgegen. Das Ausgabenwachstum nimmt weiter zu und hat seine Ursachen zum Teil im zu vollziehenden

Bundesrecht. Sparen ist angesagt. Aber wo um Himmelswillen sollen wir denn noch sparen? Am besten ist es, wenn der Gürtel bei den anderen Departementen enger geschnallt wird. Wir haben ja keinen Spielraum mehr. Punktuell liegen die Massnahmen auf dem Tisch. Auch die Rechnung aus Bern für die Überweisung des Schwyzer Anteils am Finanzausgleich wurde präsentiert. Sie ist wieder höher als letztes Jahr und ist die primäre Ursache des kantonalen Staatsdefizites. Werden die Leistungen einfach so freizügig gewährt, ausgebaut oder neue eingeführt, so hat das unweigerlich Auswirkungen. Die Aufwandseite wird mehr belastet und kann nur ausgeglichen werden, wenn auch die Ertragsseite wieder auf die gleiche Höhe gebracht wird. Es sei denn, man passt sich den vorhandenen Mitteln an und leistet sich nur das, was auch finanziert werden kann. Doch was ist die Lösung?

**Wir alle leben in Wohlstand** und viele auch in materiellem Überfluss. Soziale Leistungen werden beansprucht und staatliche Institutionen und Beratungsstellen bis zur letzten Entscheidungsinstanz durchgesetzt. Infrastrukturen kommen an ihre Grenzen, sind überlastet und bedürfen kostspieliger Unterhaltsarbeiten. Ausbauten werden gefordert und über treffen nicht selten das finanziell Machbare. Als Beispiel dient die Bahninfrastruktur: Der Bund beabsichtigte 3,5 Mrd. Franken zu investieren, und das Parlament stockte auf 6,5 Mrd. Franken auf.

Das Volk wird definitiv im Februar zu entscheiden haben.

**Die Antwort auf die Frage** der Lösung kann nur heissen: Wir müssen wieder dringend mehr masshalten und Zurückhaltung auf allen Ebenen üben. Bescheidener werden sollte eine der wichtigsten Tugenden der Zukunft sein. Die Anspruchshaltung der Bürger hat die Grenzen des vernünftig Finanzierbaren überschritten. Die finanziellen Mittel sind schlicht und einfach nicht für alle Leistungsforderungen vorhanden. Die Schere zwischen Forderungen an den Staat und deren finanzielle Machbarkeit klaffen weit auseinander. Die Schere etwas schliessen heisst aber nicht einfach, dass alle staatlichen Leistungen gedrosselt oder gestrichen werden müssen, sondern auch, dass die finanziellen Steuermittel nicht einfach beliebig durch Revisionsgeschenke hinuntergefahren werden können, ohne gleichzeitig Leistungsreduktionen vorzunehmen. Das gilt ausnahmslos für alle Bereiche. Nach einer Schulden- und Ausgabenbremse wäre eine Leistungsbremse mehr als nur wünschenswert.

\*Der heutige Autor Alex Kuprecht, Pfäffikon, ist beruflich als Relation Manager bei einer Versicherungsgesellschaft tätig. Er gehörte von 1990 bis 2003 als Mitglied der SVP-Fraktion dem Schwyzer Kantonsrat an und hat diesen 2002/03 präsidiert. Seit Herbst 2003 ist er Ständerat.

Im «Bote»-Forum schreiben regelmässig prominente Schwyzerinnen und Schwyzer. Sie sind in der Themenwahl frei und schreiben autonom. Der Inhalt des «Bote»-Forums kann, aber muss sich nicht mit der Redaktionshaltung decken. (red)